

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 80 (1993)
Heft: 12: Lehrplanentwicklung ; Deregulierung des Bildungswesens

Rubrik: Schulszene Schweiz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schulszene Schweiz

Jahreskonferenz der Erziehungsdirektoren vom 1. November 1993

Die Erziehungsdirektorenkonferenz beschäftigte sich an ihrer Jahrestagung mit den Zulassungsbeschränkungen in den Medizinalstudien, mit der Ausbildungsdauer bis zur Maturität sowie mit der Gleichstellung von Frau und Mann im Bildungswesen. Gastkanton war Neuenburg. Der Konferenz unter Leitung des Berner Erziehungsdirektors Peter Schmid wohnte auch Bundesrätin Ruth Dreifuss bei.

Die Konferenz zeigte in einer intensiven Diskussion Verständnis für die Absicht der Universitätskantone, den Zugang zur Medizinerausbildung zu beschränken. Sie hielt anderseits nachdrücklich am Grundsatz des freien Zugangs zu den Universitäten und zu anderen Formen der höheren Ausbildung fest. Zugangsbeschränkungen dürfen nur als ultima ratio, nach Ausschöpfung aller anderen Möglichkeiten, eingeführt werden und sind nach Studiengängen und zeitlich zu beschränken. Diese und weitere Grundsätze wurden in einer «Erklärung der EDK zum Hochschulzugang in der Schweiz» festgelegt.

Bezüglich der Ausbildungsdauer bis zur Maturität konnte die Konferenz mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, dass eine klare Tendenz besteht, die Dauer auf 12 Jahre zu reduzieren. Entsprechende Reformen sind in den meisten Kantonen im Gang.

Gestützt auf die umfassende Vernehmlassung hat die Konferenz zudem neue «Empfehlungen für die Gleichstellung von Frau und Mann im Bildungswesen» beschlossen. Die neuen Empfehlungen legen den Akzent nicht bloss auf die formale Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch auf eine aktive Rolle der Schule, vorab in der Lehrerbildung und im täglichen Unterricht.

Positives Echo in der Vernehmlassung über die Fachhochschulen

Der Entwurf eines Fachhochschulgesetzes ist in der Vernehmlassung auf ein mehrheitlich positives Echo gestossen. Insbesondere Kantonsregierungen machen sich jedoch Sorgen über die Finanzierung und verlangen höhere Bundesbeiträge.

Mit der Schaffung von Fachhochschulen (FH) werde eine erhebliche Lücke im Bildungswesen geschlossen, schreibt die SP. Ein überstürztes Vorgehen ohne eigent-

liche konzeptionelle Grundlagen im Rahmen einer koärennten Bildungs- und Hochschulpolitik werde aber abgelehnt. Eine übergreifende Konzeption müsse grundsätzlich alle nicht-universitären, tertiären Ausbildungsgänge umfassen, also auch die Bereiche Gesundheit, Soziales, Kunst, Musik, Dokumentation und Pädagogik, fordert die SP. Die FH seien dem Departement des Innern (EDI) zu unterstellen, da eine Aufteilung der Hochschulpolitik auf verschiedene Departemente äusserst problematisch sei.

Die Meinung der Parteien

Die CVP nimmt «angesichts der Dringlichkeit» eine vorläufige Beschränkung des Geltungsbereiches auf die Gebiete, die in Bundeskompetenz liegen, in Kauf. Bereits jetzt müssen aber klare Vorstellungen formuliert werden, wie das FH-Angebot ausgedehnt werden könne. Als «bedeutsame Investition in die Zukunft» und «epochale Aufgabe» bezeichnet die FDP die Schaffung von FH. Die Beschränkung auf Biga-Berufe bietet nach Ansicht der FDP Gewähr für eine raschere Inangriffnahme der Augabe. Begrüsst wird das FH-Gesetz auch von der SVP. Nach den Biga-Berufen müsse in einem nächsten Schritt die neue Möglichkeit auch auf die anderen Berufe ausgedehnt werden. FH müssten auf einem eidgenössischen Diplom basieren, nicht zuletzt für die Anerkennung im Ausland.

Finanzsorgen bei Kantonen

Finanzielle Sorgen machen sich verschiedene Kantonsregierungen. Der Entwurf wird zwar übereinstimmend begrüsst, Uri und Solothurn verlangen aber die Erhöhung der Bundesbeiträge. Basel-Stadt und Baselland betonen, dass es nicht zu einem Verteilkampf um finanzielle Mittel zwischen dem FH- und dem Universitätsbereich kommen dürfe. Der Verband der Schweizerischen StudentInnenschaften kritisiert die mangelnde Einbettung des FH-Bereiches in die bestehenden Strukturen des Bildungswesens und befürchtet eine «hemmende Konkurrenz» zwischen EDI und Biga. Die FH könnten einen positiven Effekt auf die überlasteten Universitäten haben. Auch der Verein Feministische Wissenschaft Schweiz verlangt die Aufwertung weiterer – insbesondere von Frauen absolvierten – Ausbildungsgänge.

Impulse aus Davos für die schweizerischen Gymnasien

Am 8. Oktober ging in Davos die Studienwoche der Schweizer Mittelschullehrer zu Ende, die gemeinsam vom VSG (Verein Schweizerischer Gymnasiallehrer) und der WBZ (Zentralstelle für die Weiterbildung der Mittelschullehrer) organisiert wurde. Den Abschluss

bildeten drei Referate, die versuchten, die vielfältigen thematischen Linien dieser Grossveranstaltung zu bündeln und die möglichen praktischen Impulse für den Schulalltag zu konkretisieren.

Es war eine reiche Woche. Gegen 700 Lehrerinnen und Lehrer aus allen Fachrichtungen und aus allen Regionen der Schweiz haben sich während dieser Tage dem Thema «Lebendige Schule» gewidmet. Sie haben in Referaten neueste Tendenzen im Bereich der Sekundarstufe II zur Kenntnis genommen. Sie haben diskutiert, in über 30 verschiedenen Ateliers ihre Erfahrungen ausgetauscht und neue Möglichkeiten für den Unterricht erprobt und einander in einem reichhaltigen sportlich-musisch-kulturellen Rahmenprogramm oder einfach in «Gesprächen am Rand» als Kolleginnen und Kollegen näher kennengelernt.

Unter den Teilnehmern befanden sich einige Gäste aus Westeuropa und 38 aus mittel- und osteuropäischen Ländern. Durch die Vermittlung der Arbeitsgruppe «Internationaler Lehreraustausch» erhielten viele von ihnen zum ersten Mal Gelegenheit, mit Kolleginnen und Kollegen aus der Schweiz in Kontakt zu treten und einen Einblick in unsere Schulwirklichkeit zu gewinnen. 28 von ihnen erlebten vor der Studienwoche an verschiedenen Mittelschulen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein eine einwöchige Hospitation.

Blick über den Zaun

Kindlicher Geschmack

Viele Erwachsene wundern sich über die ungesunden kulinarischen Vorlieben ihrer Kinder. Doch die können laut New Scientist (Heft 1991, S.17) nichts dafür. Ihr Geschmackssinn ist noch nicht ausgereift. Amerikanische Wissenschaftler testeten die Geschmacksnerven von Achtjährigen. Jungen nahmen die Geschmacksrichtungen süß, salzig, bitter und sauer zwei- bis fünfmal schwächer wahr als Erwachsene. Mädchen waren lediglich im sauren Bereich weniger sensibel. Der Mensch, so das Resultat der Studie, wird also erst nach und nach zum Feinschmecker.

«Die Zeit», Nr. 41, 8. Oktober 1993

Leza M. Uffer

Schlaglicht

Weiterbildung gefragt

In der Schweiz bilden sich jährlich gegen zwei Millionen Personen weiter. Das sind rund 40 Prozent der erwachsenen Wohnbevölkerung. Sie besuchen rund drei Millionen Kurse, um beruflich auf der Höhe zu bleiben, aber auch aus Vergnügen und Wissensdurst. Erwerbstätige betreiben doppelt so häufig Weiterbildung als Nichterwerbstätige. Dies zeigt eine Repräsentativbefragung des Bundesamtes für Statistik (BFS).

Die sda-Meldung führt weiter aus, dass nach Meinung des BFS-Direktors Carlo Malaguerra die Einschätzung der Weiterbildung sich mit dem Wandel der wirtschaftlichen Lage geändert habe. In der Hochkonjunktur war sie Garant der Wettbewerbsfähigkeit, in der jetzigen Rezession werde sie als Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit gepriesen.

Wie ist aber das Ergebnis zu deuten, dass 46 Prozent der Erwerbstätigen, aber nur 23 der Nichterwerbstätigen sich weiterbilden? Carlo Malaguerra erkläre dies zum Teil damit, dass die Arbeitslosen von der betrieblichen Weiterbildung ausgeschlossen seien.

Zwei Gedanken gehen mir durch den Kopf: Erstens. Hierzulande hält sich der Staat mit seinen Bildungsinstitutionen zum Nachteil der bereits Benachteiligten aus der Erwachsenenbildung weiterhin bedenkenlos heraus. Da und dort hört man sogar von Kürzungen bestehender Programme im Zuge des sogenannten Sparsens. Zweitens. Wird da nicht suggeriert, die Arbeitslosen müssten doch genug Zeit haben, sich endlich weiterzubilden? Vielleicht fehlen ihnen aber bloss die Motivation, vor allem aber schlicht das Geld, um auch noch Kurse zum Vergnügen und zum Stillen des Wissensdurstes, die hier ja auch mitgezählt worden sind, zu besuchen.